

# Aktuelle Chronik

Unter dieser Überschrift soll von der vorliegenden Nummer des Internationalen Asienforum an ein Überblick über die hervorragendsten Ereignisse in Süd-, Südost- und Ostasien während der drei Monate gegeben werden, die jeweils vor dem Redaktionsschluß einer jeden Nummer liegen. Der Zweck dieser Rubrik, für die das Institut für Asienkunde in Hamburg verantwortlich zeichnet, soll weniger sein, Fakten zu sammeln oder Zahlenreihen darzubieten, sondern Zusammenhänge darzustellen, die dem Leser die Möglichkeit geben, die übrigen Beiträge der Zeitschrift in das aktuelle Geschehen einzuordnen. In diese Beurteilung sollen dabei auch Stimmen aus Asien selbst einfließen. Die Darstellung wird von Fall zu Fall mit einer Dokumentation verbunden werden, die dem Leser die Möglichkeit gibt, Zugang zu Dokumenten zu finden, die ein eingehenderes Studium der dargestellten Ereignisse erlauben.

Die Redaktion

Die vorliegende Chronik umfaßt die Monate Juni bis August 1970. In diesen Zeitraum fallen in Südasien die Auswirkungen des Wahlsieges Frau Bandaranaikes in Ceylon und die Radikalisierung der indischen Innenpolitik; in Ostasien die Verlängerung des Sicherheitsvertrages zwischen Japan und den USA, die Rückkehr zur Außenpolitik und die Stabilisierung im Innern der Volksrepublik China, während Südostasien weiterhin vom Konflikt in Vietnam, Kambodscha und Laos und dessen Auswirkungen auf die Nachbarländer beherrscht wird.

Der Wahlsieg der von Frau Sirimavo Bandaranaike Sri Lanka Freedom Party geführten Koalition der United Front, der ferner die pro-sowjetische Kommunistische Partei Ceylons und die „trotskistische“ Lanka Sama Samaj Party angehören, am 27. Mai 1970 über die United National Party des bisherigen Regierungschefs Dudley Senanayake hat wieder einmal gezeigt, daß die Kräfte der Demokratie in Ceylon noch wirksam sind. Dudley Senanayake wurde von der überwältigenden Mehrheit der Wähler das Vertrauen ebenso entzogen, wie dies auch Frau Bandaranaike erfahren mußte, als sie selbst in den Wahlen des Jahres 1965 unterlag. Der Wahlsieg gehörte im wesentlichen der neuen Ministerpräsidentin, und es wäre angesichts der geringen Stimmzahl ihrer Koalitionspartner verfehlt, schon jetzt von einem kommunistischen Kurs zu sprechen.

Daß die neue Regierung, in der Frau Bandaranaike auch die Ministerien für Auswärtiges, Verteidigung, Planung und Beschäftigung übernommen hat, sich außenpolitisch wieder verstärkt den sozialistischen Staaten zuwenden werde, stand zu erwarten. Aber auch dabei sollte man die diplomatische Anerkennung der DDR angesichts der in Bewegung geratenen Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die Anhebung der gegenseitigen Vertretungen mit Nord-Korea in den

Rang von Botschaften nicht überbewerten. Auch die Verstaatlichung der ausländischen Banken ist schon eine Pflichtübung geworden. Bedenklicher scheinen einige innenpolitische Maßnahmen der neuen Regierung: die angebliche Beschlagnahme der Pässe führender Vertreter der Associated Newspapers of Ceylon (wobei man sich der Tatsache erinnert, daß die Pressepolitik des letzten Bandaranaike-Kabinetts zu dessen Sturz beigetragen hatte), oder der Plan der Abschaffung des Senats (Oberhauses), in welchem eine noch bestehende Mehrheit der United National Party dem neuen Kabinettt das Regieren erschwert.

Während man insgesamt der neuen Regierung Ceylons wird Zeit lassen müssen, ehe sie endgültig beurteilt werden kann, kämpft Indira Gandhi im benachbarten Indien bereits mit der ihrer Regierung zur Verfügung stehenden Zeit. Sowohl im Süden des Landes, wo nach Rücktritt des von der pro-sowjetischen Kommunistischen Partei geführten Kabinetts in Kerala Anfang August am 17. September Neuwahlen fällig sind, die einen ersten Aufschluß über die neuen innenpolitischen Kräfteverteilungen in Indien geben könnten, als auch im Norden mehren sich die Zeichen der Unruhe. Nach den anfänglichen Störmanövern der Naxaliten, die sich vor allem auf West-Bengalen und Assam konzentrierten, hat sich die neue Landnahmebewegung auch auf andere Staaten der Indischen Union ausgedehnt. Die in der Bewegung erkennbare „Selbsthilfe“ hat dabei nicht einmal vor dem Landbesitz der Ministerpräsidentin haltgemacht. Aber Indira Gandhi selbst war es, die im Juni die Reichen des Landes aufforderte, ihren Besitz endlich mit den Armen zu teilen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß ihnen dieser Besitz eines Tages mit Gewalt abgenommen wird.

Auch zwischen Indien und der DDR hat es eine Annäherung in Form der Aufnahme konsularischer Beziehungen gegeben, die jedoch nach Auffassung der indischen Regierung nicht der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR gleichzusetzen ist.

In das Geschehen in Südostasien wurde Indien im Juli verwickelt durch den Besuch Frau Nguyen Thi Binhs, des Außenministers der Regierung der Südvietnamesischen Befreiungsfront, die Gast der indischen Regierung war. Die Kritiker dieses Besuches, die sich natürlich vor allem in Saigon zu Worte meldeten, wies Indien auf seine Verantwortung als Mitglied der Genfer Indochina-Konferenz hin, deren Machtlosigkeit sich allerdings im Juni erneut gezeigt hatte, als der indonesische Außenminister Adam Malik mit seinem Versuch scheiterte, die Sowjetunion zu einer neuen Indochina-Konferenz zu bewegen.

Trotz der Ankündigung weiterer Abzüge amerikanischer Truppen — auch aus Thailand und den Philippinen — zeichnete sich keine Deeskalation des Indochina-Konfliktes ab. Im Gegenteil sagte der südvietnamesische Präsident Nguyen Van Thieu noch einen mehrjährigen Verbleib amerikanischer Truppen in Vietnam voraus, und der amerikanische Vizepräsident Spiro Agnew ging anläßlich seiner Südostasienreise Ende August so weit anzukündigen, daß mit einem erneuten Einsatz amerikanischer Truppen in Kambodscha gerechnet werden müsse, wenn die Kriegslage dies erfordere.

Die Bedrohung der kambodschanischen Hauptstadt Pnom Penh durch kommunistische Truppen im August zeigte erneut die Ohnmacht der Regierung Lon Nol, die durch das von ihr angeregte Todesurteil in absentia über Prinz Sihanouk am 5. Juli, das weniger als symbolischen Wert besitzt, kaum an Ansehen gewonnen hat.

Die Pariser Friedensgespräche wurden wieder aufgewertet, nachdem die USA einen neuen Chefdelegierten, David Bruce, ernannt hatten, was den nordvietnamesischen Chefdelegierten Xuan Thuy Ende August ebenfalls zur Rückkehr nach Paris veranlaßte.

Im größeren asiatischen Zusammenhang scheint erkennbar zu werden, daß trotz der Behauptung des volkschinesischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hsien-nien, der das Hauptergebnis des amerikanischen Engagements in einer Festigung der Beziehungen zwischen Peking und den vietnamesischen, kambodschanischen und laotischen Kommunisten sieht, eine gewisse Eigenständigkeit Nord-Vietnams gegenüber Kambodscha Peking veranlaßt, in Prinz Sihanouk Kräfte zu stützen, die unter Umständen ein Gegengewicht gegen etwaige spätere Expansionswünsche Nord-Vietnams bilden könnten.

Unter den übrigen Ereignissen des Berichtszeitraumes in Südostasien sind folgende festzuhalten:

Der Tod Sukarnos am 21. Juni hat die Regierung Suharto aus der peinlichen Lage befreit, den Vater der indonesischen Unabhängigkeit als Verräter behandeln zu müssen. Mit staatlichen Trauerfeiern versuchte man, ein dunkles Kapitel der jüngsten Vergangenheit des Landes zu bewältigen.

Die ersten malaysischen Wahlen seit den Rassenunruhen vom Mai 1969 im Ostteil des Landes haben in Sarawak (4. Juli) gezeigt, daß das malaiische und das chinesische Bevölkerungselement (hier vertreten durch die Sarawak United People's Party) noch immer Koalitionen zu bilden vermögen, was manchen Kommentator zu optimistischen Voraussagen für künftige gesamtmalaysische Wahlen veranlaßt hat.

Der indonesische Außenminister deutete im Juli an, daß man nicht uninteressiert an der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China sei. Diese Absichtserklärung könnte einer ähnlich vorsichtigen Politik entspringen, wie sie im Zögern Thailands erkennbar ist, sich stärker in Kambodscha zu binden, solange die thailändischen Grenzen nicht unmittelbar bedroht sind.

Für Thailand mag sich ein neues außenpolitisches Problem aus der Anwesenheit des früheren birmanischen Ministerpräsidenten U Nu ergeben, der mit den aufständischen Mon und Karen in Ost- und Südost-Birma Verträge abgeschlossen hat, um sich deren Unterstützung in seinem Kampfe gegen Ne Win zu sichern. Damit bekommen die von ihm gegenüber der birmanischen Regierung ausgesprochenen Drohungen ein größeres Gewicht, als dies bisher der Fall gewesen war.

Schließlich ist zu erwähnen, daß die neue britische Regierung durch die Entsendung ihres Verteidigungsministers Lord Carrington nach Malaysia, Singapore, Australien und Neuseeland zu erkennen gegeben hat, daß sie unter Umständen das von der früheren Labour Regierung angekündigte und insbesondere seitens der Regierung in Singapore mit gemischten Gefühlen erwartete britische Disengagement hinauszögern könnte und daß sie zumindest bereit ist, britische Verteidigungspflichten im Raume zwischen Malaysia und Australien anzuerkennen.

In Japan hat die Regierung trotz zahlreicher Protestdemonstrationen die automatische Verlängerung des Sicherheitsvertrages mit den USA gebilligt. Die Proteste erreichten jedoch bei weitem nicht das Ausmaß der Demonstrationen vor zehn Jahren, durch die der damalige Ministerpräsident Kishi zum Rücktritt gezwungen wurde. Nicht zuletzt angesichts der chinesischen Atombombenversuche hat sich die japanische Öffentlichkeit in den letzten Jahren an den Gedanken gewöhnt, daß mit der zunehmenden Wirtschaftsmacht des Landes auch die Notwendigkeit entsprechender Sicherheitsvorkehrungen wächst.

Von Seiten der Volksrepublik China, der dabei durch Nord-Korea assistiert wurde, wird denn auch bereits offen und verdeckt von einer neuen Bedrohung durch Japan gesprochen — eine Behauptung, für die man auch in Peking erneut Anlaß zu haben glaubt, nachdem Japan Süd-Korea im Juli verstärkte Wirtschaftshilfe nach Abzug der amerikanischen Truppen zugesagt hat. Dieser angekündigte Truppenabzug hat überdies zu gewissen Spannungen im südkoreanisch-amerikanischen Verhältnis geführt, die von amerikanischer Seite durch die Ankündigung verstärkter Militärhilfe auszugleichen versucht wurde.

Auf dem Gebiet der chinesischen Außenpolitik hat sich der Weg zur Normalisierung fortgesetzt. Mit der Sowjetunion, die allerdings weiterhin der Vorbereitung eines Angriffskrieges bezichtigt wird, wurden ebenso wieder Botschafter ausgetauscht wie mit einer Reihe osteuropäischer Staaten, darunter auch Jugoslawien, mit dem die Beziehungen auf Botschaferebene seit Jahren suspendiert waren.

Nach dem im August auch wieder ein chinesischer Botschafter in Warschau eingetroffen ist, hat der US-Botschafter in Polen sofort erklärt, daß er sich für die Fortsetzung der chinesisch-amerikanischen Botschaftergespräche bereithalte. Diese waren von chinesischer Seite nach dem amerikanischen Einmarsch nach Kambodscha abgesagt worden. Die künftige Reaktion der chinesischen Regierung auf die von den USA erneut an den Tag gelegte Bereitschaft kann sicher als ein Indiz dafür gewertet werden, wie weit die Volksrepublik sich außenpolitisch zu öffnen bereit ist.

Ein spektakuläres Ereignis, dem auf chinesischer Seite möglicherweise der Wunsch nach Einflußnahme auf die europäischen Einigungsbemühungen zugrunde lag, war der zweiwöchige Besuch des französischen Planungsministers André Bettencourt im Juli in Peking, bei dem auch die Möglichkeit eines Gegenbesuches Tschou En-lais in Paris zur Sprache gekommen ist und von diesem offensichtlich positiv aufgenommen wurde.

Die innenpolitische Normalisierung in der Volksrepublik China wird durch eine gute Sommerernte erleichtert. Die Kennzeichen, nach denen ein neuer „Großer Sprung“ bevorsteht, mehren sich. Dabei sollte man aber wohl nicht davon ausgehen, daß dieser „Große Sprung“ des Jahres 1970 mit der Hektik erfolgt, die seinen Vorgänger von 1958/59 kennzeichnete. Vielmehr sind es vor allem die der chinesischen Situation durchaus angemessenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Parallelen nahelegen und die in erster Linie in einer systematischen Fortsetzung der lokalen Industrialisierung, in der Förderung arbeitsintensiver Projekte und in einer weitgehenden Dezentralisierung bestehen, die teilweise auch mit der Notwendigkeit begründet wird, jederzeit auf einen Krieg vorbereitet zu sein, in dem zu starke ökonomische Konzentrationen zu gefährdet wären. In gleichem Maße, wie die Dezen-

tralisierung vorangetrieben wird, erfolgt der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Chinas, die von jeher auch das wirkungsvollste Instrument für die Kontrolle der Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen gewesen ist. Es liegt auf der Hand, daß die chinesische Regierung bei fortschreitender Dezentralisierung auf dieses Kontrollinstrument erst recht nicht verzichten kann.

und sich um die Frage der Gewerkschaften in der Volksrepublik China zu befassen. Die USA veröffentlicht

UW. G. FABRIZIO, geb. 1941, studiert Internationale Politik, Soziologie und  
Historik an der Universität München und promoviert über einen Teilaspekt des  
sozialistischen Konflikts.

B. E. HERRICK, geb. 1952 in Dakota, emigrierte 1967 von Indiana nach Kanada  
und ist gewerkschaftliche Vizing-Associate, Professor für Asian Studies an der Uni-  
versity of the West Indies in Kingston, Jamaica.

FERKARD HILSCHER, geb. 1939, Auslandskorrespondent, arbeitet seit 1977 in  
Japan und hat sich besonders mit Fragen des japanischen Sozialismus beschäftigt.

DR. PETER KANTOWSKY, geb. 1935, ist Akademikerberater im Fachbereich  
Sozialkunde der Universität Konstanz und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe des Arbeits-  
wissenschaftlichen Instituts in Konstanz, 1977-1978 Studienaufenthalt in Heidelberg.

JOACHIM KNABE, geb. 1937, studierte Geschichte, Komposition und Soziologie  
und war 1967 bis 1972 Leiter des Rates der Studenten der Friedrich-Schiller-  
Universität Jena. Er sammelte in den Jahren seiner Forschungstätigkeit Material über  
die Gewerkschaften in Deutschland.

DR. LOTHAR LUTZ, geb. 1934, im Akademischen Rat an der Humboldtischen Uni-  
versität der Sozialwissenschaften der Universität Heidelberg, 1969-1972 in Konstanz  
für 1971-1972 Gastprofessor für Hindi an der Universität Bonn.

HEINZ G. PANKA, geb. 1942, studiert Politische Wissenschaft, Soziologie und  
Kultur und Soziologie an der Universität München und ist Mitarbeiter der Arbeits-  
gruppe für die Deutsche Welle in Köln. 1968 war er die Studiengruppe für Japan in  
Indonesien.

DR. YOSHIMIKO SUGI, geb. 1912, ist seit 1968 Professor für Wirtschaft und Politik  
Geschichte an der Toyo-Universität in Japan.

WALTER SKROBANEK, promoviert über die Rolle des Bauern in der Revolution  
von 1911 in Deutschland. Als Stipendiat des Stiftungsvorstandes ist er seit  
1970 für ein Jahr in Japan.

KLAUS STEIGER, geb. 1938, ist seit 1977 Korrespondent der Deutschen Rund-  
funkanstalt in Hongkong.

DR. ORKAB WOODS ist China-Forscher beim Institut für Sozialkunde in Hamburg.  
Er hat Vorträge über Kontrastentwicklung in der Volksrepublik China und  
über die chinesische Revolution.